

AUS DER ARBEITERWOHLFAHRT

Geburtenfrage — Sexualberatung eine Aufgabe der Arbeiterwohlfahrt.

Von Marie Juchacz, M. d. R.

Die nachfolgenden Ausführungen behandeln die Frage der praktischen Geburtenverhütung vom organisatorischen Standpunkt aus. Soziologisch und ärztlich ist das bereits ziemlich erschöpfend in dieser Zeitschrift geschehen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch an das Protokoll unserer Jenaer Tagung¹⁾, das Referate und Debatte in ungekürzter Form enthält.

Daß wir der Sexualnot unserer Zeit, besonders aber der Geburtenfrage, nicht tatenlos gegenüberstehen wollen, ist selbstverständlich. Die immer wieder schätzungsweise von Aerzten und Statistikern angegebenen Zahlen von 800 000 bis einer Million von Aborten in einem Jahr, von denen der größte Teil krimineller Art sein soll, gibt der Geburtenfrage heute ihren sozialen Ausdruck. Auch wenn diese Zahlen zu hoch gegriffen sein sollten, sind sie immer noch furchtbar.

Man kann als Sozialdemokrat der von Grotjahn vertretenen Meinung sein, daß jede Familie zur Aufrechterhaltung des Volksbestandes drei Kinder aufziehen müßte, oder auf Grund anderer Berechnungen zu anderem Resultat kommen. Man mag die Wohnungsnot und -enge (die allen sichtbar ist) in Verbindung mit anderer sozialer Not auf sich wirken lassen und zu dem Schluß kommen, daß es für weite Schichten der Bevölkerung gegenwärtig kaum ein anderes Mittel der Selbsthilfe gibt, als das der Geburtenbeschränkung. Bei jeder Betrachtung müssen wir doch immer den ungeheuren Leidenszug der 800 000 Frauen, die alle Schmerzen körperlicher und seelischer Art, die die dauernde Gefährdung ihrer Gesundheit, ja Tod und Gefängnis auf sich nehmen, um dem Schicksal unerwünschter Mutterschaft zu entgehen, sehen.

Die Arbeiterwohlfahrt muß, getreu ihrer Einstellung, wonach prophylaktisches Arbeiten notwendiger und wertvoller ist als Fürsorge am zerstörten, kranken Menschen, auch hier zu dem Schluß kommen, daß das Verhüten der Empfängnis besser ist als das Abtreiben der Leibesfrucht. Es fragt sich jetzt nur, was wir tun können, um an dieser vorbeugenden Arbeit teilzunehmen und darin sichtbar und sozial fühlbar etwas zu leisten. — Zweierlei

¹⁾ Sozialismus und Bevölkerungspolitik. Verlag der Arbeiterwohlfahrt, 1926.

muß geschehen: 1. die allgemeine Aufklärung in Wort und Schrift über die sozialen, volkswirtschaftlichen Ursachen der Geburtenfrage, ist eine Arbeit, die den breiten Volksmassen die Angelegenheit als großes soziales Problem zeigen muß. 2. Es muß eine spezielle Belehrung in der Technik der Geburtenverhütung stattfinden, ebenfalls wieder in Wort und Schrift.

Die erste Aufgabe haben wir seit langem in Angriff genommen. Ich erinnere wieder an die Tagung in Jena und an Artikel in dieser Zeitschrift und in der Tagespresse. Außerdem hat sich die Organisation örtlich und bezirkswise in Versammlungen und Kursen vielfach mit der Geburtenfrage befaßt. Hier muß nun, besonders in der Winterarbeit, systematisiert werden. Der gesamte Fragenkomplex muß aufgeteilt und speziell behandelt werden. Aerzte, Volkswirte, Sozial- und Kommunalpolitiker, Fürsorgerinnen, politisch führende Frauen müssen sich in der Behandlung des Stoffgebietes teilen. Hat in der vorjährigen Vortragskampagne die Kommunalpolitik stark im Vordergrund gestanden, müssen wir diesmal entsprechend die Bevölkerungsfrage herausstellen. Ganz besonders aber müssen wir die Frage vom Gesichtspunkt einer systematischen Schulung der Helfer aus behandeln. Es geht nicht so, daß wir die ganze Angelegenheit nur von dem Standpunkt des die Arbeiterfrauen besonders bedrohenden Strafrechts aus sehen und in der Öffentlichkeit behandeln. Es gibt außer den berüchtigten §§ 218/219 noch sehr viele andere Dinge zu sagen. Alle sozialen und ethischen und sittlichen Gründe, die für und gegen eine Beschränkung der Geburten sprechen, müssen von uns in sachgemäßer Aufteilung des Stoffes behandelt werden und uns zu begründeten Schlußfolgerungen, zu sozial- und kommunalpolitischen Forderungen führen, mit deren Erfüllung der in tiefer Not steckenden Bevölkerung geholfen werden könnte. Die Aufklärung über die Notwendigkeit der Empfängnisverhütung, die mit der sozialen Belehrung verbunden werden kann, muß in geeigneter Form (d. h. wohl leicht verständlich, aber ästhetisch und ethisch einwandfrei) auch in größeren Versammlungen geschehen können.

Die Ehe- und Sexualnot unserer Zeit im Spiegel der gesamten Wohnungsfrage oder orientiert an der Erwerbsarbeit der verheirateten Frau oder im Vergleich zwischen Lohn- und Preisbildung für den gesamten Lebensbedarf (Wohnung, Kleidung und Nahrung) einer Familie, gibt den sachlichen Rahmen für Versammlungen.

Die Arbeitslosigkeit, ganz besonders die Tragödie der ungefähr 45jährigen Väter als Dauerarbeitslose, spielt, da bevölkerungspolitische Ausblicke nur auf lange Sicht gegeben werden dürfen, eine Rolle nur vom Standpunkt des arbeitslosen Familienernährers. Jedoch darf diese Seite der Frage von der Arbeiterwohlfahrt in ihrer Schulungsarbeit schon deshalb nicht versäumt werden, weil in dieser besonderen Not der dauernd erwerbslosen Familien-

väter das größte sozialpädagogische Problem der Gegenwart enthalten ist. Dauernde Erwerbslosigkeit trägt stets die Gefahr des Pauperismus in sich. Diese Gefahr erhöht sich, wenn der Arbeiter bis zu diesem Zeitpunkt im Kampf um ein kulturell erträgliches Leben seine Kraft vergeblich aufgebraucht hat. Die unter solchen Verhältnissen aufwachsenden Kinder aber leiden zweifellos darunter in ihrer Erziehung, die sie doch für den Kampf mit dem Leben vorbereiten soll. Die Bevölkerungsfrage ist überhaupt in ganz hervorragendem Maße eine sozialistische Kultur- und Bildungsfrage und sollte von uns auch so behandelt werden. Daß bei der Aufteilung des Stoffes für den Arzt und auch für den Juristen, für den Fürsorger und Kommunalpolitiker noch sehr viel übrig bleibt, ist ersichtlich und braucht im einzelnen nicht genannt zu werden.

Wenn man aber die Hörer befriedigen will, darf man den ganz praktischen Rat natürlich nicht schuldig bleiben. Daß das in direkter Form nur im ärztlichen Vortrag in einer entsprechend zusammengesetzten Versammlung geschehen kann, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Damit sind wir aber nun bei dem zweiten angelangt, was wir an spezieller Aufklärung zu leisten haben. Versammlungen sind nicht dazu da, um dort auch gleich Präventivmittel zu empfehlen oder gar zu vertreiben. Auch dann nicht, wenn, wie es in den von anderen Organisationen getroffenen Veranstaltungen geschieht, sich an die öffentliche eine sogenannte „Mitgliederversammlung“ anschließt. Auf solche Mittel verzichtet die Arbeiterwohlfahrt. Man kann den ratsuchenden Frauen mit einer aufklärenden Broschüre²⁾ an die Hand gehen. Der spezielle Rat von Mund zu Mund im Einzelfall aber gehört in die ärztliche Sprechstunde. Ja aber wie? Wir machen doch den Frauen wieder Kosten, die sie nicht tragen können? Nein. Hier sehen wir eine kommunalpolitische Aufgabe. Ehe- und Sexualberatungsstellen gibt es heute schon in vielen größeren Städten. Nachdem man dort Erfahrungen gesammelt hat, ist es unsere Aufgabe, unseren Einfluß in den Gemeinden geltend zu machen. Es müssen so viele gemeinnützige Beratungsstellen entstehen, daß jede Frau und jeder Mann, jedes Ehepaar, die Möglichkeit hat, eine solche Stelle aufzusuchen. Das kostet die Gemeinde nicht viel, zumal das gesamte Aufgabengebiet ja viel größer ist, und macht sich für sie in der Verminderung sozialer Lasten für solche Frauen, die sich sonst durch Abtreibung gesundheitlich schädigen würden, bezahlt. Ich weiß, daß das preußische Wohlfahrtsministerium und manche andere Stelle die Aufgaben der Sexualberatungsstellen in dieser Beziehung einschränken wollen. Es kommt hier natürlich viel auf den Willen der

²⁾ In „Was Mann und Frau wissen muß“ von Dr. Julian Marcuse, Verlag der Arbeiterwohlfahrt, haben wir eine brauchbare Broschüre dieser Art.

Gemeindeverwaltung, aber auch auf den mit der Aufgabe be-
trauten Arzt an. Das, was in punkto Ersparnis von der Kommune
gilt, das trifft in erhöhtem Maße auch auf die Krankenkassen zu,
die an vielen Orten durch geeignete Verhandlungen dazu zu brin-
gen sind, von sich aus Beratungsstellen, die sie ebenso wie die Ge-
meinden räumlich gut mit Schwangeren- und Mütterberatung ver-
binden können. Sind diese beiden Möglichkeiten erschöpft und
vorläufig keine Aussicht auf Erfüllung unserer Forderung vor-
handen, dann haben wir immer noch die Möglichkeit, in Ver-
einbarung mit einem parteigenössischen oder einem anderen
sozial entsprechend eingestellten Arzt an einigen Stunden in der
Woche eine Sprechstunde für Ratsuchende einzurichten.

Was wir als Arbeiterwohlfahrt nicht tun dürfen!

Wir dürfen uns auf keine geschäftliche Vermittlung von Privat-
mitteln einlassen.

Wenn eine Organisation oder eine Persönlichkeit öffentlich für
eine bestimmte Sache eintritt, dann melden sich fast immer Inter-
essenten, die der Meinung sind, daß sie durch die Organisation
oder Persönlichkeit Geschäfte machen können. Diese Erfahrung,
die uns über andere Organisationen zugeleitet wurde, hat uns
überhaupt erst bewogen, der Frage näherzutreten und sie schließ-
lich selbst in den Bereich unserer Aufgaben zu ziehen. Kein Laie
kann es beurteilen oder die Garantie dafür übernehmen, ob ein
empfohlenes Mittel absolut brauchbar oder gesundheitlich un-
schädlich ist. Das erstere kann höchstens, nicht einmal immer
ganz sicher, der kundige Arzt feststellen, und sehr oft muß sein
Rat individuell, d. h. dem Fall angepaßt sein. Und ebenso ver-
antwortungsvoll muß die Frage der Vermeidung gesundheitlich
schädlicher Mittel sein.

Tritt die Präventivmittelindustrie aber an den ärztlichen Laien
oder an die Organisation heran, dann entsteht mit der Gefahr des
falschen, unsachlichen Rates auch noch eine andere, die des ge-
schäftlichen Vorteils und der daraus entstehenden Bindungen.
Dies sehr laut und deutlich zu sagen, fühlen wir uns verpflichtet.
In der ärztlichen Beratungsstelle fallen diese Gründe natürlich
weg. In Sexualberatungsstellen der Kommunen und Krankenkassen
lassen sich z. T. frei, z. T. gegen Erstattung der Selbst-
kosten die vom Arzt verordneten Mittel, über deren Anwendung
eingehend belehrt wurde, vertreiben.

Ich fasse zusammen, was wir tun können:

1. Für unsere Helfer Vorträge, Kurse, Arbeitsgemeinschaften.
2. Für die große Masse Versammlungen mit belehrenden Vor-
trägen verschiedener Art.
3. Durch Einwirkung auf Kommunen und Krankenkassen
können wir Ehe- und Sozialberatungsstellen schaffen helfen.
4. Wir können mit Hilfe fortschrittlicher Aerzte Sprechstunden
einrichten.

Was wir nicht tun dürfen:

1. Von medizinischen Laien Sozialbelehrung in Verhütungsmethoden erteilen lassen,
2. bestimmte Präventivmittel empfehlen oder gar deren Kauf vermitteln.

B Ü C H E R S C H A U

Die Geschichte der sozialen Versicherung in Deutschland. Von Fr. Kleeis. Verlag der Arbeiterversorgung, Berlin-Lichterfelde. 297 Seiten. Preis 7 Mk.

Kleis führt die Entstehung einer sozialen Versicherung in Deutschland bis auf die Zeit Karls des Großen zurück. Er schildert kurz und einprägsam die Versicherungsmaßnahmen der Zünfte im Mittelalter, um dann an Hand einer ausführlichen Klarlegung der wirtschaftlichen Umwälzungen, die das industrielle Zeitalter mit sich brachte, die reichsgesetzliche Regelung der Versicherung zu beweisen. Die Veränderungen, die Krieg und Nachkriegszeit brachten, werden ebenfalls geschildert und daran anschließend Möglichkeiten des Weiterbaus erwogen.

Das Buch ist recht interessant und empfehlenswert. D. Be.

Die Entwicklung der sozialen Fürsorge in Deutschland (1914 bis 1927). Von Dr. Else Wex. Carl Heymanns Verlag, Berlin 1929. 84 S. Preis 3 Mk.

Hier wird Wex dem Zusammenhang der sozialen Fürsorge mit der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung eher gerecht als in der Schrift „Vom Wesen der sozialen Fürsorge“. Die Entwicklung der sozialen Fürsorge von der Armenpflege über die Kriegsfürsorge, von vorwiegend ehrenamtlicher zur behördlich organisierten, die Ein-

flüsse der Sozialdemokratie und der Arbeiterwohlfaht werden zutreffend geschildert. So kann die Schrift als Lehr- und Nachschlagewerk gute Dienste tun. Viele Anschauungen der Verfasserin können wir nicht teilen, so daß soziale Fürsorge ein Mittel sei gegen Mechanisierung und Technisierung, daß Universitäten nötig seien, um das soziale Problem an seiner Wurzel zu studieren (jeder SPD.-Zahlabend bietet nach dem derzeitigen Stand der Universitäten dazu bessere Gelegenheit). Viel bedeutungsvoller als beide Bücher von Wex sind die Ausführungen von Dr. Helene Simon im Lehrbuch der Wohlfahrtspflege über „Voraussetzung, Begriff und Entwicklung der Wohlfahrtspflege“. H. W.

Unsere Feier. Von Walter Eschbach. Verlag der Arbeiterjugend. 176 S. Preis 2,50 Mk.

Das Buch ist geschickt zusammengestellt als Anleitung für die Zusammenstellung von Festen und Jugendfeiern. Es wird Gruppenleitern der Jugendverbände, aber auch unseren Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen neue Ideen zur würdigen Ausgestaltung sozialistischer Feiern geben. Wir können es sehr empfehlen. D. Be.

Reichsverlagsamt, Berlin NW 40, Scharnhorststr. 4.

Das Reichsverlagsamt hat ein Verzeichnis (38 Seiten; kostenloser Versand) aller bei ihm verlegten